

ten, dass seine Wiederbelebung in der Zukunft als wenig realistisch erscheinen mag. Ist damit also auch das besprochene Buch schon überholt? Durchaus nicht, denn solange die Franzosen, die Deutschen und die Polen ihre elementare Fähigkeit behalten, miteinander zu kooperieren, verfügt auch das Weimarer Dreieck über ein besonders geopolitisches Potenzial. Dieser Band bietet daher einen guten Überblick über das bisher Erreichte und weist auch auf die Bereiche hin, in denen eine trilaterale Kooperation ausgebaut werden sollte. In letzter Zeit erinnert man sich auch in Polen wieder an die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen den drei Staaten, wie den Worten des polnischen Außenministers Witold Waszczykowski zu entnehmen ist, der neuerdings den Wunsch nach einem „aktiven Weimarer Dreieck“, das intensiver als bis jetzt genutzt werden sollte, ausdrückte.

Kraków

Jan Rydel

Peter Schurmann: Sorbische Interessen und staatliche Minderheitenpolitik in der DDR. Quellenedition (1947-1961). (Schriften des Sorbischen Instituts, Bd. 61.) Domowina-Verlag. Bautzen 2016. 663 S. ISBN 978-3-7420-2269-1. (€ 29,90.)

Die Dokumentensammlung von Peter Schurmann zur Sorbenpolitik in der SBZ bzw. DDR ist seit 1989 die dritte derartige Publikation. Bereits Ludwig Elle¹ und Detlef Kotsch² haben sich dem Thema zugewandt, wobei sie im Gegensatz zu Sch. den gesamten Zeitraum bis 1989 behandeln. Sch. beschränkt sich auf die Jahre zwischen 1947 und 1961, wobei als Eckpunkte für seine Periodisierung wohl die entscheidende Zusammenkunft zwischen führenden Vertretern der SED und der sorbischen Organisation Domowina im Zentralhaus der Einheit am 21. November 1947 (S. 170 ff.) und die Auflösung der Abteilung Sorbenfragen im Ministerium des Innern und die Umverteilung ihres Aufgabengebiets auf andere Einrichtungen am 26. Juni 1961 (S. 581 ff.) stehen. Dies weist bereits auf den Fokus der Darstellung hin: „Das Hauptaugenmerk liegt [...] auf der Umsetzung der Sorbengesetze und -verordnungen [von 1948 bis 1952] sowohl auf staatlicher Ebene als auch seitens der sogenannten Massenorganisationen“ (S. 9). Die in der Quellenedition vorgestellten Dokumente stammen aus vier Beständen – der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin, dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv in Dresden, dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam und dem Sorbischen Kulturarchiv in Bautzen. Auch für Akten aus DDR-Beständen gilt: Selten ist der Bestand vollständig, nicht immer sind Auskünfte verlässlich, stets sind die Dokumente von den jeweiligen Interessen und Kompetenzen ihrer Autoren geprägt. Ein Abbild der Vergangenheit liefern sie somit nicht. Dennoch enthalten sie wertvolle Informationen für die Aufarbeitung der Geschichte, bedürfen als solche jedoch der Auslegung. Dem Editor wächst deshalb die Aufgabe zu, die Widersprüche, Lücken und Brüche des archivierten Wissens herauszuarbeiten, und nicht, diese zu glätten.

In einer knapp 100 Seiten umfassenden Studie, die den Dokumenten vorangestellt ist, umreißt Sch. die sich aus dem Sorbengesetz von 1948 ergebende institutionelle Ausformung der Nationalitätenpolitik von Partei und Staat. Methodisch betritt er mit seiner Herangehensweise Neuland: „Als grundsätzlicher methodischer Ansatz wird der Versuch unternommen, die Sorben bzw. deren Interessenvertreter nicht vordergründig als ‚Objekt‘, sondern in viel stärkerem Maße als Subjekt im geschichtlichen Ablauf nach 1945 nachzuzeichnen“ (S. 12). Die Auswahl der 196 edierten Dokumente zeigt jedoch, dass der Umgang von Parteien, staatlichen Instanzen und Organisationen mit den Sorben dennoch im

¹ LUDWIG ELLE: Sprachenpolitik in der Lausitz. Eine Dokumentation 1949-1989, Bautzen 1995.

² DETLEF KOTSCH: Minderheitenpolitik in der SBZ/DDR nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Sorben, sowjetische Besatzungsherrschaft und die staatliche Sorbenpolitik, Potsdam 2000.

Mittelpunkt steht (108 Dokumente), die Aktivitäten von sorbischer Seite (57 Dokumente) sowie die Reaktion sorbischer Verantwortungsträger auf die ideologische Beeinflussung (31 Dokumente) dagegen zurückfallen. Gut herausgearbeitet ist, dass – abgesehen von der Parteispitze – die örtlichen Vertreter von Partei und Staat die Umsetzung der im Sorbengesetz zugesagten Rechte dilatorisch behandelten. Je näher man der Lausitz und den real existenten Sorben kam, desto skeptischer zeigte sich die neue Machtelite gegenüber den Forderungen der sorbischen Funktionselite. Der Aufgabe, die der Domowina und den neu entstandenen sorbischen Institutionen zugewiesen worden war – nämlich die Liquidierung der nationalen Bewegung –, kamen diese beflissentlich nach. Im Gegenzug änderte sich an der großmachtchauvinistischen Einstellung der SED-Vertreter wenig. Die Abteilung Sorbenfragen blieb primär in der Rolle eines „Bitt- und Bettelamt[es] bei der Regierung“ (S. 441). Dies konstatierte nicht etwa ein sorbischer Funktionär, sondern Wilhelm Koenen, einer der Initiatoren des Sorbengesetzes von 1948, in einer internen Stellungnahme zur weiteren Lösung der Sorbenfrage 1956. Zugleich warnte Koenen in seinem Papier die unteren Chargen von Partei und Staat, die den Sorben gewährten Rechte zurückzunehmen. „Deshalb ergibt sich, dass eine solche Erklärung niemand andere[m] als den reaktionären Elementen in die Hände spielt, z. B. reaktionären Vertretern der Kirche, die davon sprechen, dass die sorbischen Kommunisten das sorbische Volk verraten und verkauft hätten“ (S. 443).

Sch. unterlässt es, die Akteure aller drei Ebenen – Parteispitze, SED-Funktionäre auf Bezirks-, Kreis- und Gemeindeebene sowie Vertreter der Sorben – näher zu charakterisieren und Motive ihres Handelns herauszuarbeiten. Warum der Topos vom „Wille[n] zur moralischen Wiedergutmachungspflicht“ (S. 20) stets von Neuem Erwähnung findet, bleibt unklar – wurde er doch von den Vertretern der Sorben auf der erwähnten Zusammenkunft am 21. November 1947 aufgeworfen und damit der deutschen Gegenseite als Motiv suggeriert. Das Zugeständnis von sorbischer Seite, die sorbische Bevölkerung „zur aktiven Arbeit auf politischem und kulturellem Gebiet“ zu mobilisieren (S. 23), war der SED-Spitze Gunstbezeugung genug, um den Sorben gewisse Rechte auf kulturellem und schulischem Gebiet zu bewilligen. Die den Sorben gewährte Autonomie entsprach dem sowjetischen Modell der Nationalitätenpolitik, allerdings in ihrer minimalen Variante, d. h. ohne Schaffung eines eigenen nationalen Bezirkes, einer Region oder gar Republik. Sch. versäumt es jedoch, die Grundlagen der SED-Nationalitätenpolitik zu skizzieren, die keinesfalls eine Minderheitenpolitik im Maßstab der Weimarer Republik war, sondern auf Stalinschen Prämissen, wie sie in der Sowjetunion nach 1922 umgesetzt worden waren, basierte. In Fred Oelßner, Politbüromitglied bis 1958, der 1945 aus der sowjetischen Emigration zurückgekehrt war und als bester Kenner der Sowjetpolitik galt, hatten die sorbischen SED-Mitglieder ihren höchsten Fürsprecher. Mit dem von Walter Ulbricht initiierten Sturz Oelßners 1958 wurde die Nationalitätenpolitik der SED neu justiert, d. h. die Sorben als DDR-Bürger sukzessive in das System integriert und nationale Besonderheiten nivelliert. Das Erklärungsmuster „Kalter Krieg“ (S. 124) für den Kampf gegen jegliche nationalen Eigenbestrebungen ist deshalb ebenso fehl am Platz wie die Charakterisierung anti-sorbischen Handelns von SED-Funktionären auf Bezirks-, Kreis- und Gemeindeebene als „sektiererische Linie“ (S. 122). Vielmehr erwies sich Stalins Diktum von der Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus als Muster, sorbische Regungen, die nicht der jeweils offiziellen Linie der Partei entsprachen, rigoros auszumerzen. Die Aussage „Die politische Konfrontation zwischen den sorbischen Akteuren, auch zwischen Jung und Alt, nahm selbstzerstörerische Züge an, worunter das Ansehen der Domowina und das sorbischer Institutionen litten“ (S. 46) wirkt in diesem Kontext verharmlosend und kann die Isolation der sorbischen Funktionselite innerhalb des sorbischen Volkes nur andeuten. Die massenhafte Abwendung der Sorben von ihrem Volkstum – von SED-Seite als spezifischer Ausdruck des Nationalismus überinterpretiert – war die Folge der Instrumentalisierung sorbischer Kultur. Noch 1947 sprach der Domowina-Vorsitzende Paul Nedo von etwa 60 000 Mitgliedern der Organisation allein in Sachsen (S. 170), 1961

waren es 12 500 Mitglieder. Ähnlich rapide sank die Gesamtzahl der Sorben in diesem Zeitraum auf knapp 80 000. Die Zählung von Arnošt Černík 1956, die im Auftrag der Akademie der Wissenschaften durchgeführt worden war, wurde zu DDR-Zeiten allerdings nie veröffentlicht, da das Ergebnis nicht opportun erschien.

Die vorliegende Dokumentensammlung bietet einen guten Einblick in die Nationalitätenpolitik der SED. In seiner ausführlichen Einleitung bleibt Sch. jedoch allzu sehr dem Anliegen verhaftet, diese Politik als gewinnbringend für das sorbische Volk darzustellen. Die Rolle der neu geschaffenen Institutionen auf kulturellem und schulischem Gebiet bei der Umsetzung des von oben diktierten Parteiwillens wird ebenso wenig thematisiert wie der gewaltsam vollzogene Elitenaustausch innerhalb der sorbischen Gesellschaft. Dies bleibt weiterhin ein Desiderat der Historiografie.

Leipzig

Timo Meškank

Tom Junes: Student Politics in Communist Poland. Generations of Consent and Dis-sent. Lexington Books. Lanham/MD u. a. 2015. XXXIII, 293 S. ISBN 978-0-7391-8030-3. (\$ 100,-.)

In der kommunistischen Diktatur war der Status von Universität und Studentenschaft stets prekär: Einerseits waren sie die Hoffnung und Zukunft des Regimes, andererseits stellten sie ein schwer kontrollierbares Unruhepotenzial dar. Hinzu kam, dass Universität und akademisches Milieu insbesondere zu Beginn der kommunistischen Herrschaft in Polen oppositionell eingestellt waren, weil sie sich zu großen Teilen aus alten Eliten zusammensetzten. In der Zwischenkriegszeit vertrat das Gros der polnischen Studenten nationalistische und häufig auch antisemitische Einstellungen. Nach Krieg, Besatzung und Völkermord war folglich eine neue Expertengeneration nötig, die das autoritäre Modernisierungsprojekt der Kommunisten vorantreiben würde. Ziel des kommunistischen Partei-staates war es daher, nicht nur kompetente, sondern vor allem auch loyale Studierende an den Hochschulen und Universitäten des Landes zu erziehen.

Wie in der UdSSR sollte die Erfassung der Studierenden in Massenorganisationen und die enge Kontrolle der Universität durch die Partei und ihre Sicherheitsapparate die politische Erziehung und Konformität der Immatrikulierten sichern. In seiner Studie verfolgt Tom Junes die Entwicklung der einzelnen Organisationen, die gegründet wurden, um das studentische Leben zu bewirtschaften. Es ist die Geschichte eines mehrfach gescheiterten Versuchs, die Studenten dem Regime zu unterwerfen. Zugleich blieb jedoch das studentische Milieu über Jahrzehnte hinweg von den Vorgaben und Zumutungen der kommunistischen Diktatur geprägt. Im Unterschied zur Zwischenkriegszeit entwickelten sich zudem linke, oft auch marxistische Bewegungen an den Hochschulen, die jedoch trotz ihrer ideologischen Ausrichtung nicht unbedingt politisch zuverlässig waren.

Die Geschichte der polnischen Studierenden unter dem Kommunismus begann jedoch mit Repression und dem langsamen Weg in den Stalinismus. Der Vf. zeigt, wie die limitierte Pluralität der unmittelbaren Nachkriegsjahre schon bald eingeschränkt wurde. In seiner Bewegungsphase scheute sich das Regime nicht, mit physischer Gewalt gegen Oppositionelle und Abweichler vorzugehen. Zugleich versuchte es jedoch, durch die Vergrößerung der Universitäten und die Aufnahme von Studierenden aus unteren sozialen Schichten das Bildungsmonopol der *intelligencja* zu durchbrechen. Trotzdem war die polnische Bildungslandschaft selbst in den dunklen Jahren zwischen 1949 und 1955 vielfältiger als in den meisten anderen kommunistischen Diktaturen. So existierte in Lublin bereits seit 1944 wieder eine katholische Universität, und auch an den übrigen Hochschulen verteidigte der Klerus beharrlich seinen Einfluss.

Den ersten großen Wendepunkt markierte das Jahr 1956. In Polen endete der Stalinismus mit einem Paukenschlag, und die Studierenden wurden von der nationalen Mobilisierung mit erfasst. Dabei gelingt es J. zu zeigen, dass große Teile der Studierenden keineswegs den nationalen Ideen der Zwischenkriegszeit anhingen, sondern einen „revisionisti-